



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 127'091
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 15
Fläche: 14'153 mm²

Kein Referendum zu Offroader-Gegenvorschlag

Einlenken der Autoimporteure zum CO₂-Gesetz – Economiesuisse entscheidet später

dsc. · Als Gegenvorschlag zur inzwischen zurückgezogenen Volksinitiative gegen Offroader hatte das Parlament eine Regelung beschlossen, wonach für Autos mit einem CO₂-Ausstoss über 130 Gramm pro Kilometer eine Steuer zu bezahlen ist. Dagegen hatte der Verband freier Autohandel Schweiz (VFAS) das Referendum ergriffen. Offenbar wurden die nötigen 50 000 Unterschriften gesammelt. Das Referendum wird aber nicht eingereicht, wie der VFAS am Mittwoch erklärt hat. Der Verband der Kleinimporteure hat nach eigenen Angaben erreicht, dass sich auch andere Organisationen im Vernehmlassungsverfahren zum Gesetz für gewisse Anliegen starkmachen – und der VFAS schätzt wohl die Aussichten

gut ein, dass sich der Bund für eine befriedigende Umsetzung entscheidet. Nach dem Willen des VFAS soll eine längere Frist für die Einführung der Regelung den Importeuren eine bessere Planung erlauben. Auch soll der CO₂-Wert bei Importen von Occasionen von ausserhalb Europas nicht gelten. Der VFAS befürchtete, die Grossimporteure erhielten durch ihre grossen Sortimente (mit verbrauchsärmeren Autos) und den Fokus auf die Emissionen der Gesamtflotte einen Vorteil. Grüne Kreise hoffen, dass der Gegenvorschlag nun nicht zu stark aufgeweicht wird.

Die Referendumsfrage zu dieser Änderung des CO₂-Gesetzes ist nicht zu verwechseln mit der Totalrevision, die erst in der Dezembersession abge-

schlossen wird. Dazu hält der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse seine Referendumsdrohung weiter aufrecht. Mit dem Verzicht auf eine Benzinabgabe wurde dem Gesetz zwar ein unpopulärer Zahn gezogen. Economiesuisse will aber die Massnahmen der Wirtschaft im Rahmen der Energieagentur fortgesetzt wissen und Kompensationen im Ausland möglichst zulassen. Nun leuchte man mit dem Bund aus, inwieweit eine Integration in den EU-Emissionszertifikate-Handel möglich sein werde, sagt Dominique Reber von Economiesuisse. Erst nach Vorliegen dieser Erkenntnisse und Abschluss der Parlamentsdebatte werde entschieden, ob das Referendum gegen das CO₂-Gesetz ergriffen werde.